Wirtschaft

Walter Boltz: "Die Normverbrauchsabgabe müsste 15 Prozent des Kaufpreises eines Autos ausmachen. Wenn das Auto 8000 oder 10.000 Euro mehr kostet, überlege ich mir die Modellwahl." Der Geschäftsführer der Regulierungsbehörde E-Control fordert, dass der Staat die Kaufentscheidungen der Bürger in Richtung Ökologie lenkt.

"Den Pkw unattraktiv machen"

Margarete Endi

Der Energieverbrauch in Österreich steigt kontinuierlich um zwei Prozent pro Jahr. Trotz Sparappellen, trotz effizienterer Geräte, trotz steigender Energiepreise, trotz der Warnungen vor den Folgen der Klimaerwärmung, die durch den Anstieg von CO2 in der Atmosphäre verursacht wird. Im Auftrag der Regierung erarbeitet die Regulierungsbehörde E-Control ein Grünbuch Energieeffizienz. E-Control-Chef Walter Boltz schlägt einschneidende Maßnahmen vor.

economy: Ecken Sie gerne an?
Walter Boltz: Ich habe keine Angst davor. Das Ziel ist, effektive Ergebnisse zu erzielen. Das erfordert manchmal ein Anecken.

Die Ökostrom-Community ärgern Sie schon lange, weil Sie eine Begrenzung der Förderung für Ökostrom forderten. Nun verärgern Sie auch die Betreiber öffentlicher Verkehrsmittel: Sie schlagen vor, dass wir alle gratis fahren dürfen.

Viele einfache Bürger haben mir gesagt, was für eine tolle Idee das sei. Ich habe massive Unterstützung dafür erfahren. Von den Eigentümern der Öffis weniger. Wir haben die Aufgabe zu überlegen, wie man den steigenden Energiebedarf eindämmen könnte. In vielen Bereichen können wir kaum etwas tun. Wir könnten die Voest in die Ukraine abdrängen, aber das führt bei uns zu Arbeitsplatzverlusten und Wohlstandsreduktion. Es spart keine Tonne CO2 ein, eher im Gegenteil. Wir könnten den Verkehr beeinflussen, vor allem den privaten. 80 Prozent der Bevölkerung fahren mit dem Auto in die Arbeit. Viele haben ein öffentliches Verkehrsmittel in der Nähe. Natürlich ist das Auto bequemer. Wir müssen die geringere Attraktivität der Öffis kompensieren. Die Fahrkarten machen nur 30 Prozent der Einnahmen aus, den Rest zahlen wir aus den Steuern. Zahlen wir halt alles aus Steuergeldern.

Gegner argumentieren, dass öffentliche Verkehrsmittel nicht geschätzt würden, wenn alles gratis sei. Randalierer könnten sich breitmachen.

Ob jemand, der keinen Fahrschein kaufen muss, mehr randaliert oder sprayt als einer, der einen Fahrschein kaufen muss, diese Frage sollte man Kriminalsoziologen stellen. Mir erscheint das nicht einsichtig. Das Ziel ist, dass mehr Leute mit den Öffis fahren. Dafür sind mehrere Maßnahmen erforderlich. Gatis-Öffis sind ein Baustein. Gleichzeitig müssen wir das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln erhöhen, dafür Werbung machen und den Pkw-Verkehr unattraktiver machen.

Der Verkehrsexperte Hermann Knoflacher meint, der nächste Parkplatz sollte genauso weit weg sein wie die nächste Haltestelle eines öffentlichen Verkehrsmittels. Eine gute Idee?

Das erscheint mir zu dirigistisch. Wie sollte man jemandem verbieten, sein Auto vor seinem Grundstück abzustellen? Natürlich könnte man sagen: Auf den Rennbahngründen gibt es keine Parkplätze. Doch ist das fair? Ich kann vor meinem Haus parken, während der weniger Bemittelte, der in einer Mietwoh-

nung wohnt, zwei Kilometer zu seinem Auto gehen muss. Doch die Diskussion geht in die richtige Richtung: Wir müssen den Pkw weniger attraktiv machen. Einfach wäre eine Pkw-Maut. Wir müssen auch die individuellen Entscheidungen beim Autokauf in die richtige Richtung lenken. Die Normverbrauchsabgabe ist zu wenig nach ökologischen Kriterien differenziert. Wenn ich ein Auto um 40.000 Euro kaufe, ist eine Normverbrauchsabgabe von 2000 Euro kein wesentlicher Entscheidungsgrund. Sie müsste 15 Prozent des Kaufpreises ausmachen. Wenn das Auto 8000 oder 10.000 Euro mehr kostet, überlege ich mir die Modellwahl.

Sie wären ein unpopulärer Politiker.

Das mag sein. Wir haben den Vorteil, dass wir nicht gewählt werden. Wir können Dinge sagen, die nicht so angenehm sind. Es hat keinen Sinn, sich vorzulügen, es werde schon alles besser werden. Was letztlich zählt, ist die emittierte Tonne CO₂. Im Wohnbau gibt es alle möglichen Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, dennoch steigt der Energieverbrauch.

Statt Wohnungen zu sanieren, versprechen Politiker gerade wieder, die Heizkostenzuschüsse zu erhöhen. Ist das sinnvoll?

Aus sozialer Perspektive ist es vernünftig, aus Sicht der Energieeffizienz überhaupt nicht. Unser Vorschlag: Bei der Wohnbauförderung – 2,2 Mrd. Euro jährlich - muss gewährleistet sein, dass der Energieverbrauch nicht weiter wächst. Ein radikaler Vorschlag, aber nicht unbillig. Ein Bundesland sollte neuen Wohnraum nur in dem Umfang schaffen durfen, wie durch Sanierung von bestehendem Wohnraum der Energieverbrauch reduziert wird. Das ist klarerweise eine Einschränkung bei der Verwendung der Mittel. Das wird auf wütende Proteste stoßen.

Wäre ein hoher Ölpreis, etwa 150 Dollar pro Fass, gut, um Änderungen zu forcieren?

Das glaube ich nicht. Es würde die Weltwirtschaft abwürgen und zu Arbeitslosigkeit führen. Nur wenn wir unseren Wohlstand nicht gefährdet sehen, sind wir bereit, Investitionen in



Die Lage ist ernst. E-Control-Chef Walter Boltz fordert unpopuläre Maßnahmen, um Energie einzusparen. Foto: APA/Barbara Gindl

Energieeffizienz zu unterstützen. Wenn Leute unter einem hohen Benzinpreis stöhnen, wird man keine Pkw-Maut einführen. Das traut sich kein Politiker. Der wäre politisch tot.

Werden Sie gehört?

Wenn wir ernst nehmen, was wir sagen, müssen wir massiv eingreifen und unpopuläre Dinge tun. Das ist eine Überlebensfrage. Sollen wir denn sagen: "Dass ihr in der Dürre verhungern müsst, ist euer Pech, aber ihr könnt doch nicht von uns erwarten, dass wir an der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern rütteln!"

Was haben Sie persönlich in den letzten Jahren geändert?

Ich habe bei meiner Ölheizung einen Brennwertkessel installiert – das bringt eine Ein-

sparung von 15 Prozent. Ich überlege, eine thermische Solaranlage einzubauen, bin aber vor dem Dreck durch den Umbau bisher zurückgeschreckt.

Sie hätten Vorbildwirkung.

So viel bringt es nicht. Der Warmwasserverbrauch außerhalb der Heizsaison beträgt 15 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs eines Haushalts.

Es geht auch um die symbolische Aktion.

Vielleicht mache ich es, wenn ich meine Frau davon überzeuge, dass es das wert ist.

Wenn nicht, müssen Sie den Dreck halt selber wegputzen.

Bei einem Neubau würde ich es machen. Eine nachträgliche Installation ist teurer und schwieriger.

"Was nichts kostet, ist nichts wert"

"Was nichts kostet, ist nichts wert", meint Johann Ehrengruber, Pressesprecher der Wiener Linien, zum Vorschlag von E-Control-Chef Walter Boltz, dass öffentliche Verkehrsmittel gratis sein sollten "Wir würden uns zum Thema Energiesparmaßnahmen vom E-Control-Chef fundiertere Vorschläge erwarten."

Nicht der Preis, sondern die Qualität des Angebots sei ausschlaggebend dafür, ob jemand öffentliche Verkehrsmittel benutze oder nicht.

Laut Ehrengruber haben die öffentlichen Verkehrsmittel in Wien einen Marktanteil von 35 Prozent, der Autoverkehr dagegen 34 Prozent. 2007 betrugen die Erlöse aus dem Fahrkartenverkauf 392 Mio. Euro. Die Erlöse deckten somit 53 Prozent der Kosten ab. Die andere Hälfte der Kosten wird durch die öffentliche Hand bezahlt. me

ED_64-08_11_W.indd 11 23.09.2008 20:11:49 Uhr